

blickpunkt **TS**

DAS MAGAZIN DER CDU TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Aus für die Ampel.

**Neue Chance
für das Land.**

Kai Wegner bringt Schwung in Verwaltung Seite 5

US-Wahlen – Deutschland muss Verantwortung übernehmen Seite 6

Mehr Polizeipräsenz für Nollendorfkiez Seite 10



Ihr Besuch im Deutschen Bundestag Werfen Sie einen Blick hinter die Kulissen

Gemeinsam Fahrt aufnehmen und politisch debattieren: Bürgerinnen und Bürger aus Tempelhof-Schöneberg können sich jetzt für einen Tag im Regierungsviertel anmelden. Es erwarten Sie Gespräche mit Bundestagsabgeordneten, Führungen durch Bundesministerien und ein reiches Angebot an kulturellen Sehenswürdigkeiten. Kosten für die Teilnahme fallen keine an.

Alle Wege werden mit einem Reisebus zurückgelegt, für das leibliche Wohl ist ebenfalls gesorgt. Melden Sie sich noch heute an!



In Tempelhof-Schöneberg wohnhafte Berlinerinnen und Berliner können sich mit Namen, Geburtsdatum und Adresse anmelden – per E-Mail an jan-marco.luczak@bundestag.de oder telefonisch unter der 030-227 71 868.

liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Bundesregierung ist zerbrochen – die Ampel ist Geschichte. Doch Bundeskanzler Olaf Scholz lässt jegliche Demut und Einsicht in eigene Fehler vermissen – stattdessen griff er FDP-Finanzminister Christian Lindner bei dessen Entlassung persönlich an und verlas eine offensichtlich von langer Hand vorbereitete Rede. Ein kalkulierter Bruch der Koalition. SPD und Grüne waren nicht bereit, den Forderungen der FDP nach der so dringend nötigen Wirtschaftswende nachzukommen und wollten weiter Schulden machen, statt politische Prioritäten im Haushalt zu setzen.

Ton und Stil von Olaf Scholz habe ich dabei als unangemessen empfunden. Das hatte etwas von einer persönlichen Abrechnung. **Da hat kein Staatsmann gesprochen, sondern ein Wahlkämpfer.** Alle Schuld für das Scheitern der Ampel bei der FDP abladen, das ist unehrlich.

Für unser Land ist das Aus der Ampel gut. Für jeden war seit Monaten offensichtlich, dass SPD, Grünen und FDP für die Lösung substanzieller Fragen die Kraft fehlte. Für den Stopp der irregulären Migration, den entschlossenen Kampf gegen Islamismus und Kriminalität, für solide Staatsfinanzen ohne überbordende Schulden und für Impulse für mehr Wachstum und Jobs gab es innerhalb der Koalition keine Mehrheiten, sondern nur gegenseitige Blockade. Diese Zeit des Stillstandes endet nun.

Am 23. Februar 2025 finden vorgezogene Bundestagswahlen statt. Eine monatelange Hängepartie bleibt dem Land erspart, wenn auch erst nach erheblichem Druck auf Bundeskanzler Scholz, der die Vertrauensfrage zunächst bis in den Januar hinauszögern wollte. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten nun die Möglichkeit,



eine neue, handlungsfähige Regierung zu wählen. Sie stehen vor einer Richtungswahl, ob die schuldenfinanzierte und wirtschaftsschädliche Politik der vergangenen drei Jahre unter einem Bundeskanzler Scholz oder Habeck fortgesetzt wird oder ob unser Land einen neuen Aufbruch schafft. Als CDU wollen wir ein klares Mandat der Wählerinnen

und Wähler für einen Politikwechsel: wirtschaftlicher Aufschwung, solide Staatsfinanzen, strikte Begrenzung der irregulären Migration, eine Klimaschutzpolitik, die keine Jobs vernichtet und kein sozial ungerechtes Bürgergeld. In den kommenden Wochen werden wir den Menschen unsere Ideen und Konzepte für ein freiheitliches, sicheres und wirtschaftlich starkes Deutschland vorstellen und dafür werben. **Als Union kommen wir bis zur Neuwahl des Deutschen Bundestages unserer staatspolitischen Verantwortung nach.** Wie in der Vergangenheit werden wir Gesetze mittragen, wenn sie gut für unser Land sind. Erpressen lassen wir uns aber nicht, wir wollen nicht Erfüllungsgehilfe von SPD und Grünen werden und deren gescheiterte Politik fortsetzen. Unser Land braucht einen Neuanfang. Unser Land braucht Neuwahlen.

Herzliche Grüße

Dr. Jan-Marco Luczak, MdB
Kreisvorsitzender
CDU Tempelhof-Schöneberg

In dieser Ausgabe...

Seite 5

Kai Wegner bringt Schwung in Verwaltung



Seite 6

US-Wahlen – Deutschland muss wieder mehr Verantwortung übernehmen



Seite 10

Schießereien, Prostitution und Hasskriminalität – Mehr Polizeipräsenz für Nollendorfkiez



Seite 13

„Totgesagte leben länger“ – Wenckebach-Klinikum bleibt vorerst erhalten

Parkplatzposse in der Innsbrucker Straße beendet

Parkautomaten als Poller, um Parken zu verhindern? Was nach einem schlechten Scherz klingt, ist in Schöneberg Wirklichkeit geworden. Dort versperren neuerdings Parkautomaten die Parkhäfen in der Innsbrucker Straße. Auf Initiative der CDU muss die für diesen Unsinn verantwortliche grüne Stadträtin Saskia Ellenbeck die Automaten nun wieder umsetzen. Die Anwohner können aufatmen.

Kai Wegner bringt Schwung in die Verwaltung

Ein Kommentar
des stellv. Bezirksbürgermeisters
Matthias Steuckardt



Eine klare Aufgabenverteilung ist der erste Schritt hin zu einer funktionierenden Stadt. Die Eckpunkte stehen und wurden bereits im September beraten. Senat, Bezirke und die Oppositionsparteien Linke und Grüne sind sich einig darüber, dass eine Verwaltungsreform kommen muss. Weil die Reform auch in der Landesverfassung verankert werden soll, braucht es dafür eine zwei Drittel-Mehrheit im Abgeordnetenhaus.

Anders als seine Vorgängerin Franziska Giffey, legt Kai Wegner Wert darauf, alle Akteure an einen Tisch zu bringen. Damit legt er die Basis für einen tragfähigen Konsens. Während Giffey ihren Reformansatz mit den Worten „wer den Teich trockenlegen will, darf nicht die Frösche fragen“ zusammenfasste, achtet Wegner darauf, die Bezirke bei der Reform nicht zu übergehen.

Der Senat möchte mehr politische Verantwortung für das Verwaltungshandeln übernehmen und fordert dafür mehr Eingriffsrechte ein. Die Bezirke hingegen werden in ihrer Zuständigkeit für bürgernahe Verwaltungsdienstleistungen, Bürgerämter etwa, gestärkt. Der Zeitplan, dem Abgeordnetenhaus noch in diesem Jahr ein neues Landesorganisationsgesetz zur Beratung vorzulegen, ist ambitioniert.

Das Besondere an dieser Reform ist: Die Bezirke wünschen sich übereinstimmend eine stärkere Steuerung der Landesebene. Denn klar ist, dass in einer Stadt wie Berlin nicht in zwölf Rathäusern ein eigenes Süppchen gekocht werden kann. Einzelne Senatsverwaltungen sind bereits Vorreiter und entwickeln berlinweit einheitliche Verfahren, beschaffen die entsprechende Software und unterstützen die Bezirksverwaltungen bei der Digitalisierung. Andere Senatsverwaltungen hingegen verweigern sich bislang völlig, die ihnen obliegende Steuerungsfunktion wahrzunehmen. Das darf so nicht bleiben!



Klare Zuständigkeiten, sowie eine bessere technische Ausstattung sind die Grundvoraussetzung, um guten Bürgerservice bieten zu können. Was so selbstverständlich klingt, wurde aber über Jahre hinweg versäumt. Warum?

Offenbar träumten einige auf Landesebene davon, die Bezirke zu entmachten und eine Stadt mit nahezu vier Millionen Einwohnern zentral zu organisieren. Somit wurden die Bezirke über Jahre vernachlässigt. Aber das funktioniert so nicht. Mahnendes Beispiel ist die misslungene Zentralisierung der Einbürgerungsstellen, in deren Folge sich jetzt zehntausende Anträge beim nun zuständigen Landesamt für Einwanderung stauen.

Die Bezirke müssen daher ein Mitspracherecht erhalten und vor Übergriffen einzelner Senatsverwaltungen geschützt werden. An dieser Stelle bleibt das Eckpunktepapier des Senats noch vage. Aus meiner Sicht bleiben die bürgernahe Verwaltung, sowie klassische Kiezthemen wie Stadtplanung Domänen der Bezirke. Die Bezirksverordneten und Stadträte sind in den Kiezen verwurzelt und kennen die Gegebenheiten vor Ort – gleiches gilt auch für die handelnden Akteure in den Bezirksverwaltungen. Ich bin überzeugt, dass eine Verwaltungsreform, die die Bezirke in ihrer Eigenständigkeit stärkt, uns dem Ziel der Reform – einem Berlin, das besser funktioniert – einen deutlichen Schritt näherbringt.

Die US-Wahlen und ihre Folgen

Deutschland muss mehr Verantwortung für sich und Europa übernehmen

Donald Trump hat die US-Wahl mit deutlichem Vorsprung gewonnen. Neben der Mehrheit der Wahlmänner erhielt er auch über fünf Millionen Stimmen mehr als seine Herausforderin Kamala Harris. „Deutschland und Europa trifft die erneute Wahl Trumps vollkommen unvorbereitet. Es gibt keine abgestimmten Pläne mit unseren Verbündeten, etwa in Fragen der Handelspolitik oder der künftigen Unterstützung der Ukraine“, kritisiert der Rechtsexperte der Union Jan-Marco Luczak.

In Europa wird befürchtet, dass die USA unter Trump ihre militärische und finanzielle Unterstützung für die Ukraine beenden könnte. Dies hätte katastrophale Folgen für die Ukraine und würde Millionen weiterer Flüchtlinge aus dem kriegsgebeutelten Land nach Deutschland treiben. „Das würde Deutschland deutlich teurer zu stehen kommen als die bisher geleisteten Hilfen“, warnt

Luczak. Aufgrund der geopolitischen Lage sei es dringend notwendig, dass Deutschland mehr Verantwortung für die eigene und die europäische Sicherheit übernehme, so der Abgeordnete. Deutschland müsse nun sehr schnell wieder eine stabile und handlungsfähige Regierung erhalten, erklärt Luczak.

Neue Bundesregierung muss Zeitenwende-Versprechen einlösen

Der CDU-Abgeordnete bemängelt, dass die zerbrochene Ampelregierung die ausgerufene „Zeitenwende“ in den vergangenen drei Jahren nicht konsequent umgesetzt habe: „Bereits vor der Wahl Trumps war klar, dass Deutschland künftig mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen muss. Doch Initiativen für eine neue und umfassende Sicherheitspolitik für



Bild: ©Pexels/RosemaryKetichum

Europa von Kanzler Scholz sucht man vergeblich.“

Dennoch blickt Luczak optimistisch auf die transatlantischen Beziehungen: „Die USA werden auch in Zukunft unser wichtigster Verbündeter bleiben. Sofern die künftige Bundesregierung einen unserer Größe angemessenen Anteil der Bündnisverpflichtungen innerhalb der NATO übernimmt, wird auch mit Präsident Trump eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit möglich sein. Europa und die USA teilen weiterhin gemeinsame Werte und Interessen.“

„Ein Konjunkturprogramm für die AfD“

Rechtspolitiker Luczak gegen AfD-Verbotsverfahren



Bild: ©Jonathan Berger

Nachdem bei der konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtages der Alterspräsident der AfD bewusst eine neutrale und ordnungsgemäße Sitzungsleitung verweigerte, wird in der Öffentlichkeit wieder verstärkt das Für und Wider eines AfD-Verbotsverfahrens diskutiert.

Abgeordnete mehrerer Parteien wollen mit einem fraktionsübergreifenden Gruppenantrag im Bundestag ein AfD-Verbot vortreiben. Der Vorsitzende der Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten Jan-Marco Luczak hält das für falsch: „Ein jahrelang schwebendes Verfahren wäre ein Konjunkturprogramm für die AfD und ersetzt nicht die politische Auseinandersetzung.“ Der Jurist verweist dabei auf die hohen verfassungsrechtlichen Hürden eines Parteiverbotsverfahrens. „Selbst im Falle eines AfD-Verbots würden die Millionen Wähler und deren Gründe, für diese Partei zu stimmen, nicht verschwinden.“ Man dürfe die AfD nicht in eine Märtyrerrolle hineinwachsen lassen.

AfD darf nicht in Märtyrerrolle reinwachsen

Luczaks Befürchtung: Es entsteht der Eindruck, die AfD werde mundtot gemacht und ihre Themen tabuisiert. Er appelliert daher: „Wir müssen die AfD inhaltlich stellen und sie so als das enttarnen, was sie ist: eine undemokratische Scheinalternative.“ Doch wie soll das gelingen? „Eine gute Politik, die die Probleme im Land erkennt, anspricht und löst, ist das beste Gegenmittel gegen radikale Parteien.“ Insbesondere beim Thema Migration müssen sich SPD und Grüne endlich bewegen und „substantielle Lösungen wie Zurückweisungen an den Grenzen ermöglichen“, so der Bundestagsabgeordnete.

Grüne und SPD gefährden Sicherheit

Sicherheitspaket der Ampel ist Sicherheitsrisiko für Deutschland



Bild: ©Pixabay/oberaichwald

Nach dem islamistischen Terroranschlag in Solingen kündigte die Bundesregierung ein umfassendes Sicherheitspaket an. Doch nach wochenlangem Streit in der Ampel haben Grüne, SPD und FDP im Bundestag ein „völlig verwässertes“ Gesetzespaket beschlossen. „Irreguläre Migration wird damit weder wirksam begrenzt noch Terrorismus bekämpft“, so der Rechtsexperte der Union Jan-Marco Luczak.

Der Bundesrat verweigerte deswegen seine Zustimmung zu Teilen des Gesetzpaketes. „Schon der erste Entwurf der Regierung war unzurei-

chend. Jetzt haben die Ampel-Parteien das Paket im weiteren Gesetzgebungsverfahren weitgehend wirkungslos gemacht“, urteilt Luczak. Effektive Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz vor islamistischem Terror wie etwa die Speicherung von IP-Adressen enthält das Paket nicht. Auch der Abgleich biometrischer Daten ist nur noch bei schwersten Straftaten wie Mord möglich – Geldwäsche und Vergewaltigung fallen etwa nicht in diese Kategorie. Der Deutsche Richterbund kritisiert das Gesetz als „Mini-Päckchen“, das keine substantiellen Verbesserungen für die innere Sicherheit bringen werde.

Ampel hält an gescheiterter Asylpolitik fest

Zunächst angekündigte Verschärfungen im Asylrecht wurden ebenfalls deutlich abgeschwächt. Grüne und SPD sorgten etwa dafür, dass Leis-

tungskürzungen für ausreisepflichtige Asylbewerber nur noch in Ausnahmefällen möglich sind. „Dass die Ampel weiter am offensichtlich gescheiterten Dublin-System festhält, ist völlig unverständlich. Irreguläre Migration kann damit ungestört weitergehen. Wir müssen an die Ursachen ran und brauchen deswegen Zurückweisungen an den Grenzen“, kritisiert Luczak. Doch entsprechende Anträge der CDU/CSU wurden im Bundestag allesamt von der Ampel niedergestimmt. „Kosmetische Maßnahmen reichen aber nicht aus, um die Sicherheit in Deutschland zu gewährleisten und irreguläre Migration zurückzudrängen“, resümiert Luczak. Eine unionsgeführte Bundesregierung werde in der nächsten Legislaturperiode die Versäumnisse der Ampel ausräumen und die Sicherheitsbehörden mit den Befugnissen ausstatten, die im 21. Jahrhundert zur Bekämpfung und Verhinderung von Verbrechen notwendig sind.

Informationsveranstaltung endet im Chaos

Flüchtlingsunterkunft am Sangerhauser Weg spaltet die Nachbarschaft

Am Sangerhauser Weg an der Grenze zu Mariendorf soll eine Flüchtlingsunterkunft für 468 Personen entstehen. Das sorgt bei den Anwohnern für Verunsicherung und erhitzte Gemüter. Eine Informationsveranstaltung von Bezirk und Senat, die eigentlich für Beruhigung sorgen sollte, endete im Chaos.

Es fehlt eine ausreichend dimensionierte Mikrofonanlage, somit bestand keine Möglichkeit, Fragen an politische Verantwortungsträger zu stellen. „Das hat viel Vertrauen zerstört“, sagt der Wahlkreisabgeordnete von Tempelhof-Schöneberg Jan-Marco Luczak, der sich vor Ort einen Eindruck von der Stimmung gemacht hatte. „Da waren ganz normale Leute aus der bürgerlichen Mitte, die ihre Sorgen und Ängste artikulieren und Fragen stellen wollten. Wenn man das von Seiten der Politik verunmöglicht, treibt man diese in die Hände von Radikalen und Populisten“, kritisiert Luczak.

CDU-Umfrage mit klarem Ergebnis

Der Bundestagsabgeordnete führte daher eine breit angelegte Bürgerumfrage in der Nachbarschaft durch. Die Resonanz war riesig – Hunderte von Anwohnern meldeten sich mit Fra-



Bild: ©Marco Schlesiger

gen, Sorgen und Kritik zurück und forderten fast einhellig eine weitere Informationsveranstaltung. „Das Ergebnis hätte nicht deutlicher ausfallen können – über 95 Prozent fühlen sich nicht gut informiert und wollen

eine weitere Veranstaltung“, erläutert Luczak. Es braucht jetzt „einen direkten und ehrlichen Austausch mit den Anwohnern – die berechtigten Fragen nach Schul- und Kitaplätzen, der ÖPNV-Anbindung und der Sicherheit in der Nachbarschaft müssen beantwortet werden“, so Luczak in einem Brief an SPD-Senatorin Kiziltepe und SPD-Bezirksbürgermeister Hikel. Auch dürfe nicht wieder der Eindruck entstehen, dass ein Austausch gar nicht gewollt sei.

Zurückweisungen an den Grenzen notwendig

Jenseits der Diskussion um die Flüchtlingsunterkunft betont der Abgeordnete, dass hier vor Ort Probleme gelöst werden müssten, die an anderer Stelle verursacht werden: „Entscheidend ist, dass die irreguläre Migration gestoppt wird. Ohne Zurückweisungen an den Grenzen wird das nicht gelingen.“

„Mission erfüllt dank toller Teamarbeit“

Schulstadtrat Tobias Dollase trotz berlinweitem Schulplatzmangel

Als Schul- und Sportstadtrat Tobias Dollase (parteilos für die CDU) im Jahr 2021 sein Amt antrat, stand er vor großen Herausforderungen: Kaum Personal, ein kritischer Schulplatzmangel und unfertige Schulneubauvorhaben. Trotzdem gelang es, das Amt neu aufzustellen, jedem Kind einen Schulplatz zur Verfügung zu stellen und sogar noch Kinder aus anderen Bezirken aufzunehmen. Wie war dies möglich?

Blickpunkt: *Ihr Amt galt immer als Problemkind der Verwaltung mit erheblichem Personalmangel. Dies ist heute anders und inzwischen wurden viele neue Projekte angestoßen – was haben Sie verändert?*

Dollase: Was den Schulen und Vereinen fehlte, waren zuverlässige Ansprechpartner. Hier haben wir zuerst angesetzt und mit viel Einsatz und einer überzeugenden Zukunftsvision eine neue Leitungsstruktur etabliert. Das erleichtert die Zusammenarbeit mit Schulen und Vereinen enorm und führt zu einer völlig neuen, positiven Stimmung – auch innerhalb der Verwaltung. Damit verbessert sich auch direkt die Attraktivität am Arbeitsplatz, was wiederum die Personalgewinnung erleichtert.

Wie wirkt sich das konkret auf die Arbeit im Schul- und Sportamt aus?

Wir konnten so unsere Strukturen reformieren und beispielsweise eine eigene Grundstücksgruppe schaffen. Herausforderungen rund um Schul- und Sportgrundstücke liegen damit in einer Hand und es kann schneller reagiert und ganzheitlich gearbeitet werden. Für die Schulen und die Schulhausmeister konnten wir zudem kürzere und direkte Kommunikationswege schaffen. Ferner haben wir mit der HOWOGE einen starken Partner für den notwendigen Schulneubau einbinden können. In Zeiten, in denen es den meisten Bezirken immer schwerer fällt, den eigenen Schul-



Bild: ©BA Tempelhof-Schöneberg

platzbedarf zu decken, ist es uns in Tempelhof-Schöneberg auf diese Weise nicht nur gelungen, allen schulpflichtigen Kindern einen Schulplatz anzubieten, wir nehmen sogar Kinder aus den Nachbarbezirken auf.

Das geht aber nur mit neuen Schulen. Gibt es bereits konkrete Schulneubauten?

Eine der großen bezirklichen Schulbaumaßnahmen aktuell ist der Ersatzneubau der Gustav-Heinemann-Oberschule. Er steht kurz vor der Fertigstellung. Ein weiteres Großprojekt ist das Luise-Henriette-Gymnasium, das derzeit saniert, umgebaut und erweitert wird. Hier ist im Sommer nächsten Jahres die Fertigstellung geplant. Mit der landeseigenen HOWOGE entstehen fünf weitere Schulneubauten: An der Eisenacher Straße in Mariendorf etwa ist der Neubau einer ISS im Gange. Hier soll der Schulbetrieb zum Schuljahr 2026/27 aufgenommen werden. An der Marienfelder

Allee ist ein Grundschulneubau für das Jahr 2027 in Planung. Am Tirschenreuther Ring entsteht ein weiterer Schulneubau für das Jahr 2030. Hinzu kommen neue Schulsporthallen an der Luther- und der Otzenstraße, die bereits im ersten Halbjahr 2026 in die Nutzung gehen sollen.

Das ist eine beachtliche Bilanz und ein großer Erfolg für ein innerhalb kürzester Zeit neu aufgestelltes Amt. Als Sie hier anfangen, wie sah es damals aus?

Sowohl in der Leitungsebene als auch in allen anderen Ebenen waren etliche Stellen lange unbesetzt. Die Schulen und Vereine hatten kaum Ansprechpartner, entsprechend angespannt war ihr Verhältnis zu uns als Schul- und Sportamt. Es war der ausdrückliche Wunsch der CDU, diese Missstände zu beseitigen. Ich bin dankbar für das mir entgegengebrachte Vertrauen und habe alles darangesetzt, es zurückzuzahlen.

Heute würde ich sagen: „Mission erfüllt“. Wir konnten mittlerweile alle Stellen besetzen, im Fachbereich Sport ausnahmslos mit Mitarbeitern, die Affinität und Verständnis für Vereinssport und Ehrenamt mitbringen. Auf dieser Basis konnte das Verhältnis zu den Vereinen neu aufgestellt werden und uns schlägt viel positive Resonanz entgegen. Das ist eine schöne Bestätigung der harten Arbeit. Natürlich sind mit dem neuen Personal nicht gleich alle Probleme beseitigt. Aber nun ist es leichter, den bestehenden Sanierungsstau bei den Sportanlagen in Zusammenarbeit vor allem mit der Serviceeinheit Facility Management und dem Fachbereich Grünflächen anzugehen. Dass hier wieder Bewegung reinkommt, merken die Vereine.

Ob ein Amt funktioniert oder nicht, lässt sich gut in Krisen feststellen. Können Sie ein Beispiel nennen, wo das Sportamt ein plötzlich aufgetretenes Problem gemeistert hat?

Die Platzsperre Anfang des Jahres im Volkspark Mariendorf aufgrund des desolaten Zustandes der beiden Kunstrasenplätze. Dort haben wir in sehr enger Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Grünflächen binnen weniger Monate notsaniert, so dass der Trainings- und Spielbetrieb nach kurzer Zeit wieder aufgenommen werden konnte. Oder die Sportanlage Markgrafenstraße, die wir ebenfalls in diesem Jahr komplett saniert haben. Auch für 2025 sind die Planungen schon vorangeschritten und bei der Senats-sportverwaltung wurde die Sanierung der Sportanlage Halker Zeile angemeldet.

Vom Sport zurück in die Schule: Wie steht es um den DigitalPakt Schule? Gibt es dort Fortschritte?

Der Digitalpakt startete 2019, leider mit angezogener Handbremse. Das Land hatte dafür 257 Mio. Euro eingeplant. Aber die Vorgaben der Senatsbildungsverwaltung änderten sich ständig und es gab weder Strukturen noch Personal, die diese mit Leben hätten füllen können. Der



Bild: ©BA Tempelhof-Schöneberg

damalige Senat aus Grünen, SPD und Linkspartei hatte den Arbeitsaufwand schlichtweg vollkommen unterschätzt. Inzwischen konnten wir aber auch hier handlungsfähig werden und belastbare Strukturen aufbauen. In unserem Bezirk gelang unter Federführung des Schul- und Sportamtes die Bildung einer Arbeitsgruppe, die sich jede Woche trifft und das Projekt umsetzt. So ist es trotz aller Schwierigkeiten gelungen, die 15 Mio. Euro, die das Land Berlin dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg zugewiesen hat, erfolgreich zu investieren.

Das ist ein toller Erfolg für den Bezirk. Sehen Sie den „DigitalPakt Schule“ insgesamt als Erfolg an?

Grundsätzlich ja. Aber durch die begrenzte Laufzeit und das begrenzte Volumen konnten nicht alle Wünsche der Schulen umgesetzt werden. Zudem sind die Leistungen im „DigitalPakt Schule“ teilweise unzureichend finanziert und müssen durch den Bezirk zusätzlich erbracht werden. Beispielsweise wurde im Rahmenvertrag mit einem Unternehmen die nötige zusätzliche Stromversorgung nicht mitberücksichtigt. Dies muss der Bezirk kompensieren und gesondert ausschreiben. Das ist ineffizient und teuer. Problematisch ist auch die Abnahme neuer Stromverkabelung, da die Zuständigkeit hierfür nicht geregelt ist. Es gibt also weiterhin Luft nach oben.

Welche Projekte liegen Ihnen persön-

lich besonders am Herzen?

(lacht) Das würde den Rahmen eines einzelnen Interviews bei weitem sprengen. Aber grundsätzlich geht es mir in meiner Arbeit immer auch um mehr Wertschätzung für Vereine, Ehrenamt, Kultur und Sport. Eine vielfältige Vereinslandschaft ist Baustein und Motor für nahezu alle positiven Entwicklungen in einem Bezirk. Darüber hinaus stellen Vereine eine wesentliche Stütze für Demokratie und Ehrenamt dar, sie sind der soziale Kitt der Gesellschaft. Wir haben daher in diesem Jahr zum dritten Mal



Bild: ©BA Tempelhof-Schöneberg

in Folge erfolgreiche Sportlerinnen und Sportler sowie Vereine aus unserem Bezirk mit einem Festakt geehrt. Dabei zeichnen wir auch Vereine aus, die sich dafür einsetzen, mehr Frauen und Mädchen für den Sport und unsere Vereine zu gewinnen und zu fördern. Grundsätzlich sind wir als Schul- und Sportamt inzwischen auf einem sehr guten Weg. Nun setzen wir alles daran, diesen positiven Trend beizubehalten und nachhaltig auszubauen.

Schießereien, Prostitution und Hasskriminalität

CDU fordert mehr Polizeipräsenz für den Nollendorfkiez

Der traditionsreiche Nollendorfkiez hat mit zunehmender Gewalt und anhaltender Kriminalität zu kämpfen. Die CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg möchte das nicht länger hinnehmen und hat beantragt, das Gebiet erneut als kriminalitätsbelasteten Ort („kbO“) einzustufen und eine Polizeiwache einzurichten.

„Der Bedarf nach einer festen Polizeipräsenz ist unübersehbar“, so der queerpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Klaus Hackenschmied. Eine stationäre und dauerbesetzte

Schießereien, Gewalt gegen queere Menschen und ausufernde Prostitution machen den Kiez „für Anwohner und Besucher zunehmend unsicher“, fürchten auch Carsten Buchholz und Harald Sielaff als CDU-Bezirksverordnete aus Schöneberg.

Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Jan-Marco Luczak bekräftigt: „Die Entscheidung des damaligen Senats, die Einstufung als kriminalitätsbelasteter Ort im Jahr 2019 aufzuheben, war ein schwerer Fehler.“

Bild: ©Tobias Koch



Klaus Hackenschmied vor Ort

Nebenwache setze ein starkes Zeichen, man dürfe der wachsenden Kriminalität nicht länger tatenlos zusehen. „Die Menschen im Kiez haben ein Recht darauf, dass wir handeln, bevor die Zustände endgültig außer Kontrolle geraten. Wir müssen den Anwohnern, den Touristen und den vor Ort Arbeitenden ihre Sicherheit zurückgeben.“

Realitätsverweigerung bei SPD, Grünen und Linkspartei

Die Sicherheitslage hat sich dramatisch verschlechtert. Offene



Bild: ©Janine Schmidt

Seit der Aufhebung der Einstufung im Jahr 2019 ist die Lage weiter eskaliert. Bisherige Maßnahmen wie der sporadische Einsatz mobiler Polizeiwachen haben die angespannte Situation nicht entschärfen konnten. Dennoch lehnen SPD, Grüne und Linkspartei eine Polizeiwache bislang ab.

Mehr Hundenauslaufflächen im Bezirk

20 Prozent mehr Tierhalter gibt es im Bezirk seit 2020 - Hundenauslaufflächen aber kaum. Die CDU schlug Flächen im Cheruskerpark und an der Urania vor. Doch das grün-geführte Bezirksamt handelt nicht. Lediglich zwei Flächen im Kleistpark und im Volkspark Mariendorf werden 2025 ertüchtigt. Der stellv. Fraktionsvorsitzende der bezirklichen CDU-Fraktion, Ralf Olschewski, gibt sich damit nicht zufrieden: „Das sind schöne Erfolge, aber wir brauchen noch mehr Auslaufgebiete.“

Aus dem Bezirksparlament

Parkplätze in Hauptstraße gerettet

Die linke Mehrheit in der BVV hat verhindert, dass beim neuen Radweg in der Hauptstraße Parkplätze erhalten bleiben. Zusätzlich wurde in der Albertstraße für die Geschäfte in der Hauptstraße eine neue Ladezone eingerichtet und zahlreiche Querparkplätze entfallen. Die CDU-Fraktion konnten erreichen, dass diese Ladezone nur Montag bis Samstag von 9 bis 14 Uhr gilt. Zu den anderen Zeiten bleibt das Parken also möglich..

Mehr Sicherheit für Radfahrer im Nord-Süd-Grünzug

Regelmäßig kommt es im Nord-Süd-Grünzug im Einmündungsbereich zur Hertha-Block-Promenade zu gefährlichen Situationen, gerade zwischen Radfahrern. Jetzt steht dort seit dem Sommer auf Antrag der CDU-Fraktion ein Verkehrsspiegel, der die Sicherheit erhöht. Die grün-rot-rote Zählgemeinschaft war zwar gegen diesen Spiegel, das Bezirksamt hat ihn aber trotzdem aufgestellt.

Hausbäume für den Bezirk

Bäume spenden Schatten und senken durch Verdunstung die Temperaturen. Doch auf öffentlichen Flächen ist der Platz für neue Bäume knapp. Auf Antrag der CDU wird nun auch in Tempelhof-Schöneberg ein Projekt gestartet, mit dem neue Bäume auf Kosten des Bezirks auf Privatgrundstücke gepflanzt werden können. Im Gegenzug übernehmen die Grundstückseigentümer das regelmäßige Gießen. Im nächsten Jahr soll es schon losgehen.

Umgestaltung am Barbarossaplatz erhitzt Gemüter

CDU verhindert Parkplatzwegfall

Von Ralf Olschewski, stellv. Vorsitzender der CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg



Bild: ©Blickpunkt

Der Barbarossaplatz in Schöneberg

Etwa 2,5 Millionen Euro investiert der Bund, damit der Barbarossaplatz „lebenswerter gestaltet“ werden kann. Die grüne Verkehrsstadträtin Saskia Ellenbeck verkündete daraufhin, mit dem Geld mehr als 100 Parkplätze im Umfeld des Platzes streichen und sämtliche auf den Platz führenden Straßen sperren zu wollen. Nach einer Welle des Protests beantragte die CDU in der BVV eine Änderung dieser Planung – mit Erfolg.

Trotzdem verbessert sich die Aufenthaltsqualität - aber nicht einseitig zulasten der Anwohner und Pkws: Die zentrale Grünfläche des Platzes wird zwar deutlich größer und der

nord-östliche Barbarossaplatz für den Autoverkehr geschlossen. Alle anderen vier Durchfahrtsstraßen bleiben erhalten und es entfallen kaum Parkplätze. Hinter diesem Kompromiss konnten sich alle Fraktionen versammeln - nur die Grünen stimmten bis zum Schluss für den Wegfall von Parkplätzen und Straßensperrungen.

CDU-Umfrage mit eindeutigem Ergebnis

Damit wird der Mehrheitsmeinung der Anwohner Rechnung getragen. Diese sprechen sich in einer CDU-Umfrage unter 4500 unmittelbar betrof-

fenen Haushalten zwar für mehr Grün, Entsiegelung sowie Sauberkeit und eine bessere Aufenthaltsqualität aus. Allerdings lehnen 65 Prozent den Wegfall von Parkplätzen und die Sperrung von Straßen kategorisch ab.

Dem Protest schlossen sich auch die ortsansässigen Gewerbe an, denn die Sperrung von Straßen schneidet sie von ihren Liefer- und Transportwegen ab. Am Ende steht ein fairer Kompromiss zwischen den naturgemäß unterschiedlichen Interessen im Kiez. Das ist ein Sieg der Vernunft über die „Anti-Autopolitik“ der Grünen.

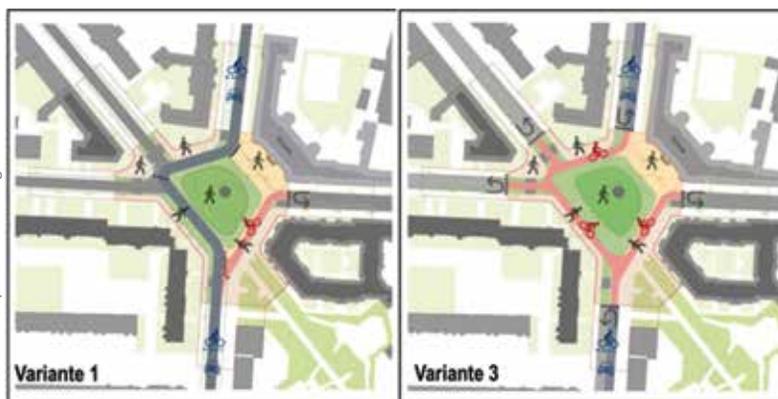


Bild: ©BA Tempelhof-Schöneberg

In Variante 3 ist deutlich zu sehen, welche Straßen gesperrt worden wären. Die CDU bestand auf einer Umsetzung auf Grundlage von Variante 1.

Parkplatzwegfall in Schöneberg

CDU spricht von „Altlasten der Vorgängerregierung“

Die Grunewaldstraße bekommt einen Radweg, dieser wird mit Pollern geschützt. Daher entfallen zahlreiche Parkplätze. Weil die Planung der ehemaligen grünen Verkehrsssenatorin Bettina Jarasch schon weit vorangeschritten ist, kann sie heute nicht mehr rückgängig gemacht werden. Leidtragende sind Anwohner und das lokale Gewerbe.

„Zwar begrüßen wir als CDU den Bau des Radwegs, der Wegfall von Parkplätzen wäre aber vermeidbar gewesen. Leider stammt die Planung noch aus einer Zeit, in der grüne Verkehrsssenatoren Radwege als Mittel zum Zweck für den Wegfall von

Parkplätzen missbraucht haben“, so der örtliche CDU-Verkehrspolitiker Johannes Rudschies.

Besonders ärgerlich ist dies für Schüler und Lehrer der Musikschule im Haus am Kleistpark. Diese müssen häufig Noten und Instrumente transportieren. Auch der Einzelhandel leidet. Die Kundschaft besteht überwiegend aus älteren Menschen, die nicht auf Online-Dienstleister zurückgreifen und den Einzelhandel am Leben erhalten. „Ausgerechnet diese Gruppe ist allerdings in besonderem Maße auf das Auto angewiesen. Für sie ist das Fahrrad keine belastbare Alternative – schon gar nicht, wenn man anschlie-



Bild: ©pixabay

ßend mit seinen Einkäufen nach Hause muss“, so Rudschies. Man werde die Auswirkungen des Radwegs daher genau im Blick behalten und wenn nötig Korrekturen vornehmen. Die CDU stellt in der jetzigen Landesregierung die Verkehrsssenatorin.

Gedenken an Jahrhundert-Tsunami

Dorfkirche Tempelhof gedenkt der Toten

Von Frank Luhmann Mda



Bild: ©Sebastian Weiß

Vor genau 20 Jahren verwüstete ein Tsunami die Küste des indischen Ozeans. Ein wellenförmiger Gedenkstein auf dem Gelände der Dorfkirche Tempelhof erinnert noch heute an die 230.000 Menschen, die damals in den Fluten ums Leben kamen. Für die Gemeinde der Dorfkirche Tempelhof steht das Jahr 2024 damit auch im Zeichen des Gedenkens und der An-

dacht – auch an ihren langjährigen Pastor Jörg Kluge, der den Gedenkstein aufgestellt hatte.

Im Jahr 1977 ordiniert, war Kluge mit seinen 25 Jahren Berlins jüngster Pfarrer. Zudem war Kluge in der Freiwilligen Feuerwehr Marienfelde, als Feuerwehrseelsorger und Rettungsschwimmer aktiv. Seit 1995 war er am Aufbau der Berliner Notfallseelsorge beteiligt. Deren erster großer Einsatz beim Absturz der Birgenair-Maschine im Jahr 1996 mit 189 Toten, darunter 167 Deutsche, prägte ihn fürs Leben. Er war es, der die verzweifelten Angehörigen am Flughafen Berlin-Schönefeld betreute.

Als Notfallseelsorger stand er

stets an der Seite der Hinterbliebenen. Ohne ihn wäre der Tsunami-Gedenkstein nicht aufgestellt worden. Auf seine Initiative hin gründete sich eine Betroffenenengruppe, die bis 2008 tätig war. Die brutale Welle wurde hier in Form eines Sandsteins gebändigt und bietet einen Ort der Trauer. Jahr für Jahr pilgern die Hinterbliebenen aus Berlin und Brandenburg zur Dorfkirche.

Zuletzt sind es merklich weniger geworden. Die Zeit nimmt auch die Hinterbliebenen zu sich. Vor drei Jahren verstarb auch der rührige Pfarrer. Ich erinnere mich noch gut an seine Worte der bei der Einweihung des Gedenksteins: „Die Menschen leben so lange, wie man sich ihrer erinnert.“

Karstadt-Aus am Tempelhofer Damm – was nun?

Nun ist es traurige Gewissheit: Karstadt Tempelhof wird geschlossen. Das geht einher mit dem Verlust von Arbeitsplätzen, der Ortsteil büßt zudem an Attraktivität ein. Trotzdem bleibt die Hoffnung auf eine Nachnutzung bestehen. Dazu gibt es

unterschiedliche Konzepte – und Herausforderungen.

Für Jutta Kaddatz von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) steht fest: „Mit Karstadt verliert Tempelhof einen wichtigen Identi-

fikationspunkt. Viele kennen das Geschäft von frühester Kindheit an und haben ein ganzes Leben dort eingekauft. Jetzt muss alles dafür getan werden, damit keine leerstehende Brache im Herzen des Bezirks entsteht.“ Um das zu verhindern, muss ein neuer Investor für die Nachnutzung gefunden werden. Das gestaltete sich bei der Filiale in Tempelhof allerdings schwierig, denn laut des Bebauungsplans aus dem Jahr 1970 darf das Gebäude nur als Warenhaus genutzt werden.

Die MIT bringt daher eine Änderung des Bebauungsplanes ins Spiel mit dem Ziel, die Immobilie für Kultur im Bezirk zu öffnen. Räume für Kultur sind in der unmittelbaren Nachbarschaft beim Bau der sogenannten „Neuen Mitte Tempelhof“ ohnehin geplant. Allerdings lässt die Realisierung dieses Großprojekt angesichts der in Berlin angespannten Haushaltslage noch lange auf sich warten – Kaddatz: „Somit könnte man dafür auch auf das ehemalige Karstadt-Gebäude ausweichen.“



Bild: ©A. Friedrichs

Das Problem bei der Sache: Am Ende entscheidet der Eigentümer der Immobilie über die Art der Nachnutzung und künftige Mieter. Für Jutta Kaddatz stehen die Interessen der Eigentümerseite allerdings nicht zwingend im Gegensatz zu den Interessen der Anwohner: „Eine Vermietung an ausgewählte Gewerbe wie etwa Fitnessstudios,

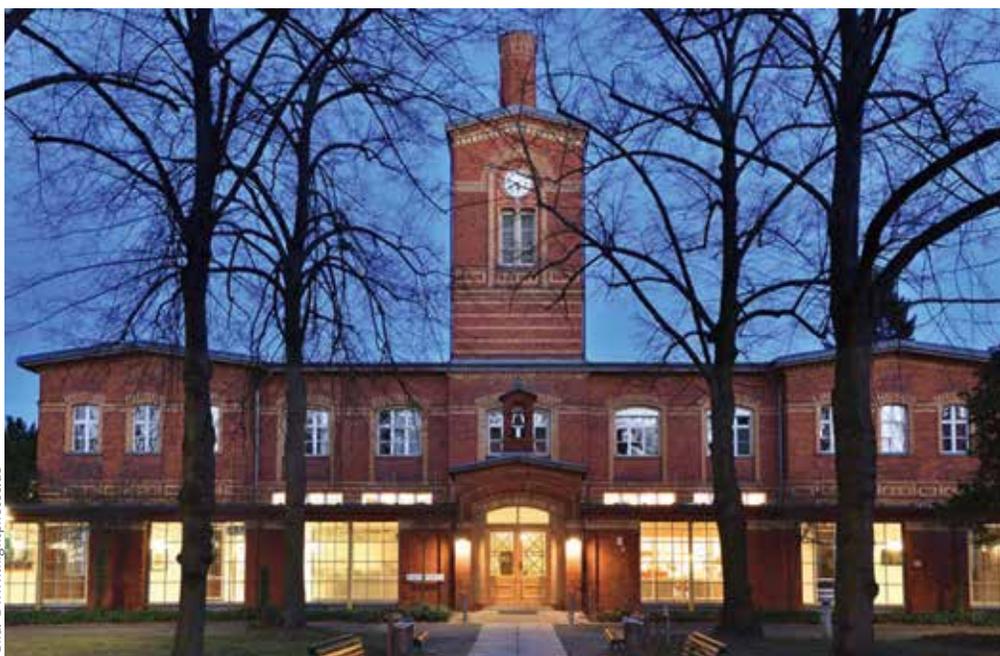
Fahrradläden und Bio-Märkte wäre weiterhin denkbar.“

Die Verlegung der Kulturstätten aus der Neuen Mitte Tempelhof in das Karstadt-Gebäude würde Platz schaffen für ein neues Schwimmbad und einen Polizeianschnitt am Rathaus Schöneberg. „Das war der ausdrückliche Wunsch der Bürge-

rinnen und Bürger im Beteiligungsprozess“, so Kaddatz. Eine solche Rochade ermögliche dann den Bau von weiteren Wohnungen an der Götzstraße. Wichtig sei außerdem, die Tiefgarage von Karstadt an die Nachbarschaft zu vermieten. Seit dem Wegfall der Parkplätze auf dem Tempelhofer Damm ist der Bedarf groß.

Totgesagte leben länger

Wenckebach-Krankenhaus bleibt vorerst erhalten



Der Umzug wichtiger Abteilungen in das Auguste-Victoria-Krankenhaus (AVK) schien das Ende des Wenckebach-Krankenhauses einzuläuten. Doch der Umzug ist ins Stocken geraten, nach wie vor herrscht reger Betrieb auf dem Gelände. Der Tempelhofer Bezirksverordnete und Gesundheitsexperte der lokalen CDU-Fraktion, Guido Pschollkowski spricht von einer „neuen Chance.“

Allen Schließungsgerüchten zum Trotz hat sich das WBK über Jahrzehnte als wichtiger Standort gehalten. Eine Zäsur bedeutete im Jahr 2021 jedoch die Überführung wichtiger Abteilungen in das AVK. Seitdem schien das Aus für das WBK besiegelt - zum Missfallen von Anwohnern, Patienten und der CDU. „Die Sorge vor einem Lost Place

im Herzen Tempelhofs war groß“, erinnert sich Pschollkowski.

Schwarz-Rot haucht Wenckebach neues Leben ein

Im Jahr 2022 folgte eine zweite, überraschende Zäsur: Die neue schwarz-rote Landesregierung einigte sich auf einen Ausbildungscampus für Pflegekräfte auf dem Gelände des WBK. „Ein zukunftsweisendes Projekt mit erheblichem Zulauf junger Menschen, darunter 3.700 Azubis plus Lehrkräfte“, freute sich Pschollkowski damals und warnte zugleich: „Papier ist geduldig, das Projekt mit seinen Kosten in Höhe von 340 Mio. Euro ist noch lange nicht ausfinanziert.“

Damit sollte er Recht behalten.

Angesichts massiver Sparzwänge sind derzeit keine Mittel für den Campusbau im Berliner Landeshaushaushalt vorgesehen. Zwar dauern die Verhandlungen zwischen Träger und Berliner Senat an, das Leuchtturmprojekt droht aber zu scheitern.

Betrieb im Wenckebach läuft weiter

Dennoch erwartet Pschollkowski keinen Leerstand. Entgegen der öffentlichen Lesart sei das Krankenhaus keineswegs geschlossen: „Derzeit erhalten die verbliebenen Abteilungen regen Zulauf und das Hospiz war ohnehin nie von Schließungen betroffen.“ Der überwiegende Teil der Gebäude ist noch in Betrieb. Pschollkowski ist optimistisch: „Solange der Ausbildungscampus nicht kommt, lohnt es sich, den laufenden Betrieb aufrecht zu erhalten und das medizinische Angebot sogar auszuweiten.“



Guido Pschollkowski ist gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg

Bild: ©Studio Schmidt-Dominé

Die Zeitenwende – mehr als nur Bundeswehr.

Ein Kommentar von Jan Vroomen



Bild: ©Pixabay

Drei Tage nach dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine rief Olaf Scholz die „Zeitenwende“ aus. Deutschland müsse „mehr in die Sicherheit des Landes investieren“, um Freiheit und Demokratie zu schützen. In Sicherheit zu investieren, bedeutet aber nicht nur in die Bundeswehr zu investieren, sondern auch in den Schutz der Zivilbevölkerung. Doch die auf Bundesebene ausgerufene Zeitenwende ist in den Kommunen und Ländern noch nicht angekommen.

Die Bilder des Ukraine-Konflikts und das unermessliche Leid angesichts russischer Angriffe auf Kran-

ken-, Rat-, und Wohnhäuser haben eindrucksvoll vor Augen geführt, wie wichtig der Schutz der Zivilbevölkerung ist. Doch was hat sich seitdem getan - bekommen etwa kommunale Neubauten wie Schulen Schutzräume?

Neu errichtete Schulen und Krankenhäuser ohne Schutzraum

Die Antwort lautet: nein. SPD-Innensenatorin Ines Spranger stellt dagegen „Katastrophenschutz-Leuchttürme“ vor. Davon soll es in Berlin 37 geben, 14 sind zum jetzigen Zeitpunkt einsatzbereit. Selbst wenn alle einsatzbereit wären, müssten sich 105.000 Berliner jeweils einen Leuchtturm teilen – das kann gar nicht funktionieren.

Probleme gibt es auch bei Alarmsirenen. Am bundesweiten Warntag waren von den 450 Warnsirenen in Berlin erst knapp zwei Drittel aufge-

stellt. Diese konnten nicht eingesetzt werden da die zentrale Steuerung noch nicht in Betrieb war.

Stadtgesellschaft nicht ausreichend auf Notfall vorbereitet

Selbst wenn diese Sirenen funktionieren – wissen wir Bürger, wie wir uns zu verhalten haben? Muss nicht auch hier mehr informiert und geprobt werden? Eine ganzheitliche Zeitenwende wäre notwendig. Freiheit, Sicherheit und Demokratie bedingen einander. Mehr Geld für die Bundeswehr ist richtig, es braucht allerdings auch Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung und eine Anpassung ziviler Infrastruktur. Den Rahmen dafür muss die Bundesregierung setzen. Umsetzen müssen es Kommunen und Länder. Das kostet Geld und bindet Ressourcen. Freiheit und Demokratie bekommt man eben nicht umsonst.

Licht und Schatten in der Berliner Flüchtlingspolitik

Die Zuzugszahlen von Geflüchteten in den letzten beiden Jahren überlasten die Aufnahmefähigkeit Berlins enorm“, warnt Katharina Senge als Schöneberger Abgeordnete und integrationspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Berlin. Sie kämpft für eine bessere Koordinierung und gerechtere Verteilung von Flüchtlingen im Land. Dabei plädiert sie auch für ein Ende des SPD-Abschiebestopps im Winter.

Nach zahlreichen Besuchen bei Vereinen, Trägern und Flüchtlingsunterkünften ist für sie klar: „Die Großunterkünfte auf den ehemaligen Flughäfen Tegel und Tempelhof sind keine ideale Unterbringung, aber angesichts der Flüchtlingszahlen brauchen wir sie.“ Die Berliner CDU-Fraktion fordert daher vom Bund, endlich für eine Reduzierung der Einwanderungszahlen zu sorgen, damit Ressourcen für wirklich Schutzbedürftige bleiben.



Bild: ©Blickpunkt

Katharina Senge und Patrick Liesener besichtigen eine Flüchtlingsunterkunft

Auch auf Landesebene will die

CDU mehr Ordnung in das Verfahren bringen. So sollen die Aufnahmeprogramme des Landes und der Winterabschiebestopp beendet werden. Darüber hinaus appelliert sie an die für die Unterbringung von Flüchtlingen zuständige SPD-Senatorin Cansel Kiziltepe, endlich die Kommunikation mit den Bürgern und die Abstimmung mit den Bezirken zu verbessern: „Jede Unterkunft braucht ein Kiez-Konzept, in dem festgelegt wird, welche Maß-

nahmen im Umfeld für die Integration in die Gesellschaft, für Bildung und Gesundheit ergriffen werden - und zwar für Anwohner und Geflüchtete gleichermaßen.“

Erfolg bei den minderjährigen unbegleiteten Geflüchteten

Einen großen Erfolg hat wiederum die CDU-geführte Bildungsverwaltung bei allein reisenden Minderjährigen erreicht. Letztes Jahr warteten die Jugendlichen noch acht Monate auf ihre Registrierung, jetzt erfolgt diese innerhalb einer Woche. Für Senge ein dreifacher Erfolg: „Erstens zeigt dies, dass Berlin mit der neuen Regierung Stück für Stück besser funktioniert. Zweitens war die lange Wartezeit für die Kinder und Jugendlichen untragbar. Und drittens entlastet das auch unser Aufnahmesystem, da wir jetzt wieder Jugendliche nach dem Königsteiner Schlüssel in andere Bundesländer

Verkehrsfluss statt Stop & Go

Bald wieder Tempo 50 auf dem Tempelhofer Damm

Der Tempelhofer Damm ist eine der wichtigsten Verkehrsadern Berlins. Trotzdem hat ihn der alte Senat aus Grünen, SPD und Linkspartei verkehrsberuhigt. Fahrspuren wurden gestrichen und chaotisch neu angeordnet. Zudem wurde Tempo 30 eingeführt und ein mit Pollern geschützter Radweg errichtet. Der lokale CDU-Wahlkreisabgeordnete Frank Luhmann zieht eine bittere Bilanz: „Es gibt heute mehr Stau und Unfälle. Zudem sinkt der Absatz im ortsansässigen Gewerbe.“ Die CDU-geführte Senatsverwaltung für Verkehr möchte die Fehler der Vergangenheit nun korrigieren.

Tempo 30 wurde auf dem Tempelhofer Damm eingeführt, weil die Feinstaubbelastung zu hoch war. Neueste Messungen zeichnen ein anderes Bild und die Werte sind wieder innerhalb des Toleranzbereichs. Für den CDU-Bundestagsabgeordneten Jan-Marco Luczak stellt dies dennoch keinen Grund dar, Tempo 30 beizubehalten: „Die positiven Messwerte lassen sich nicht unmittelbar auf die Einführung von Tempo 30 zurückführen, ein solcher Effekt bei der Luftreinhaltung im Vergleich zu Tempo 50 konnte bislang nicht nachgewiesen werden.“ Luhmann pflichtet ihm bei: „Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Elektromobilität und der technische Fortschritt bei Verbrennungsmotoren zur Verbesserung der Luftqualität beigetragen haben.“

Leistungsfähige Hauptstraßen entlasten Wohngebiete

Beide Abgeordnete kämpfen seit Jahren gemeinsam für eine ideologiefreie Verkehrspolitik in Tempelhof-Schöneberg. Sie begrüßen den Schritt der Senatsverwaltung, Tempo 50 auf Hauptverkehrsstraßen wieder einzuführen: „Um die Nebenstraßen zu entlasten, benötigen wir leistungsfähige Hauptstraßen. Ausnahmen darf es nur dort geben, wo Tempo 30 nachweislich die Sicherheit erhöht – etwa vor Schulen und Kindergärten. Damit machen wir Berlin fit für die Zukunft“, so die beiden Abgeordneten.



Bild: ©Sebastian Weiß

Denn auch für die kommenden Jahre prognostiziert das Bundesverkehrsministerium, dass mit dem Privatauto 75 Prozent der Wege, also die mit Abstand meisten, zurückgelegt werden. Das Auto bleibt damit das beliebteste Fortbewegungsmittel der Deutschen. Auch der Pendlerverkehr nimmt seit Jahren zu. Eine Abnahme des Verkehrs auf dem Tempelhofer Damm scheint vor diesem Hintergrund nicht realistisch.

Auto laut Bundesverkehrsministerium auch 2040 noch vorherrschendes Verkehrsmittel

„Die Menschen lassen sich eben nicht vorschreiben, welche Verkehrsmittel sie benutzen sollen. Es mag gesünder sein, per Pedes oder auf dem Rad unterwegs zu sein, aber der Pkw verlangt seinen Raum“, so Luhmann. Das zu ignorieren, sei der falsche Weg, Verkehr müsse fließen und „mutwillige künstliche Verstopfung durch unkoordinierte Baustellenplanung oder etwa eine nicht abgestimmte Ampelschaltung“ führten nur zu Frust. Luhmann fragt: „Wer kennt noch die grüne Welle? Die gab es längst vor der Öko-Partei und meinte eine abgestimmte Schaltung von aufeinander-

folgenden Ampeln. Wer kontinuierlich 50 km/h fuhr, kam ohne Halt ans Ziel, die Ampeln sprachen sich sozusagen miteinander ab.“ In Zeiten von KI und schneller Datenverarbeitung ginge das theoretisch sogar noch besser als vor 50 Jahren.

Verkehrspolitik als neue Soziale Frage

Die Situation des Tempelhofer Damms ist paradigmatisch für grüne Verkehrspolitik. Die Verknappung des Angebots an Fahrspuren und Parkplätzen, sowie die Entschleunigung von Hauptstraßen mit Tempo 30 führt nicht etwa dazu, dass Menschen ihr Auto stehen lassen, sondern zu Chaos und Stau. Zudem bringt es Händler in Bedrängnis, wenn Parkplätze zugunsten von Bus- und Radspuren gestrichen werden. „Gerade ältere Menschen greifen weniger auf den Online-Handel zurück und halten den Einzelhandel am Leben. Sie sind aber besonders auf die Anfahrt mit dem Auto angewiesen“, so Luhmann. Der Abgeordnete ist besorgt: „Wenn Straßen nicht mehr länger als Standortvorteil, sondern als Ärgernis und Autofahrer prinzipiell als Sicherheitsrisiko wahrgenommen werden, spaltet das die Gesellschaft und schadet der Wirtschaft.“

Für Sie vor Ort

CDU TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Kolonnenstraße 4 | 10827 Berlin
Kreisgeschäftsführer: Patrick Reichardt
Telefon: 030 751 33 88 | info@cdu-ts.de
www.cdu-ts.de

CDU-FRAKTION TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Rathaus Schöneberg, Raum 3054
John-F.-Kennedy-Platz | 10820 Berlin
Telefon: 030 784 83 96 | info@cdu-fraktion-ts.de
www.cdu-fraktion-ts.de

BÜRGERBÜRO DR. JAN-MARCO LUCZAK MDB

Kolonnenstraße 4 | 10827 Berlin
Telefon: 030 757 04 264
jan-marco.luczak@bundestag.de
www.luczak-berlin.de

KATHARINA SENGE MDA

Winterfeldtstraße 20 | 10781 Berlin
Telefon: 0151 542 73 477
post@katharina-senge.de
www.katharina-senge.de

FRANK LUHMANN MDA

Bacharacher Straße 35 | 12099 Berlin
Telefon: 030 751 33 88
info@frank-luhmann.de
www.frank-luhmann.de

BÜRGERBÜRO ROMAN SIMON MDA

Kaiserstraße 144 | 12105 Berlin
Telefon: 030 74 00 1591
info@romansimon.de
www.romansimon.de

BÜRGERBÜRO SCOTT KÖRBER MDA

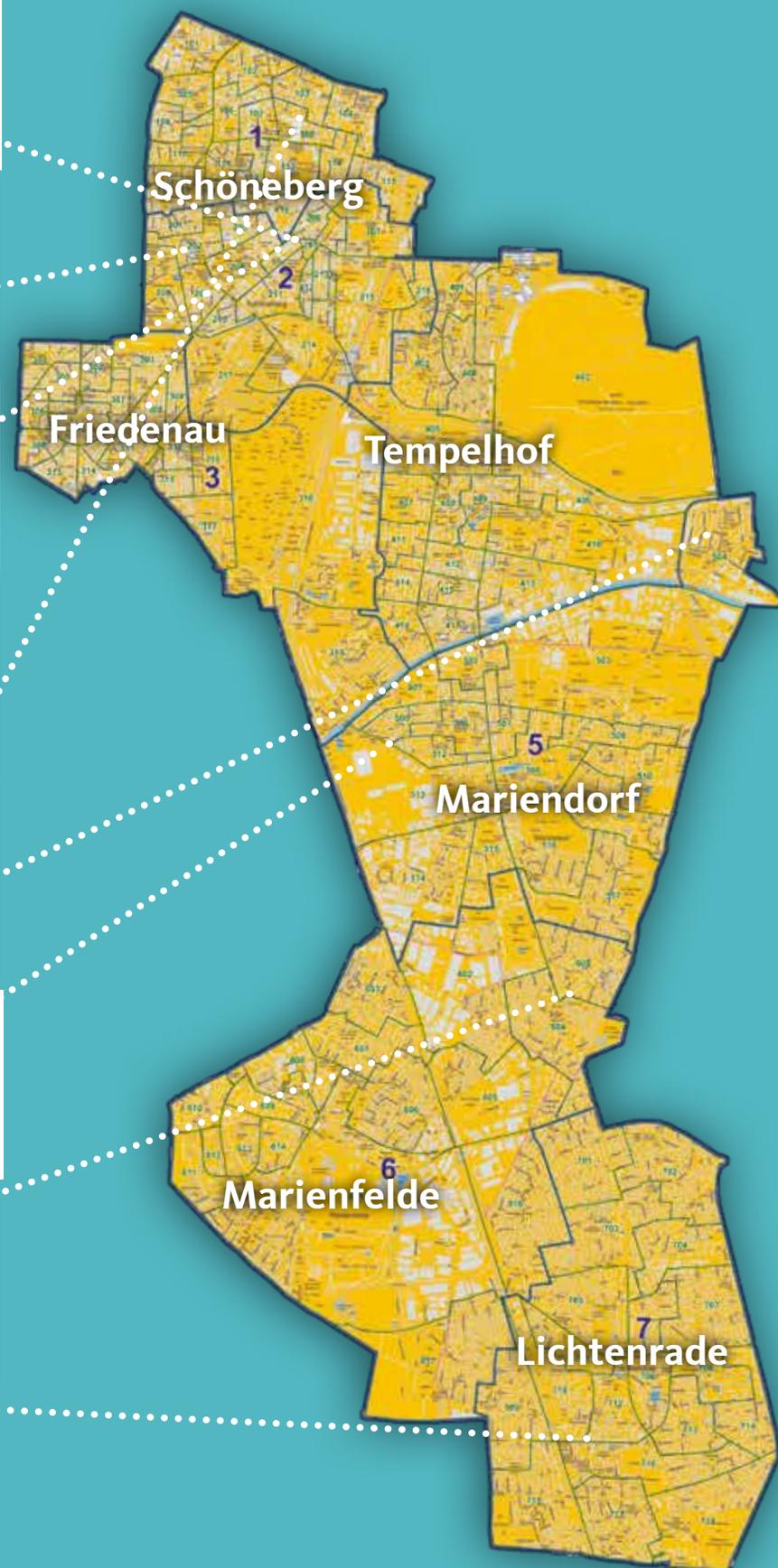
Tauernallee 4 | 12107 Berlin
Telefon: 030 74 00 1590
kontakt@scottkoerber.de
www.scottkoerber.de

BÜRGERBÜRO CHRISTIAN ZANDER MDA

Bahnhofstraße 10 | 12305 Berlin
Telefon: 030 499 25 895
info@christian-zander.de
www.christian-zander.de



KREISVERBAND TEMPELHOF-SCHÖNEBERG



blickpunkt IMPRESSUM/BILDHINWEISE

HERAUSGEBER: CDU Tempelhof-Schöneberg, Kolonnenstraße 4 | 10827 Berlin
info@cdu-ts.de | www.cdu-ts.de | V.i.S.d.P.: Dr. Jan-Marco Luczak MdB

REDAKTIONSSCHLUSS: 14. November 2024

REDAKTION: Chefredakteur: Johannes Rudschies | redaktion.blickpunkt-ts@cdu-ts.de

LEKTORAT: Denis McGee | SATZ/LAYOUT: André Laurman-Urbanski | DRUCKEREI: H. Heenemann

ALLGEMEINER HINWEIS: Die Redaktion ist Inhaberin der Bildrechte, falls keine gesonderten Urheber- oder Quellenverweise benannt sind. Bildverwertungen sind nur mit Genehmigung und Quellenangabe zulässig.